

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1254 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales, zu den Folgen der "Wende": Die Rechtskoalition ließ die Zahl der Erwerbslosen um 700.000 wachsen.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen in der SPD-Bundestagsfraktion, zur Wackelei der FDP bei der Entscheidung über den Rhein-Main-Donau-Kanal: Elendiges Verhalten.

Seite 3

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, kommentiert die Einführung von Demonstrationsgebühren in Baden-Württemberg: In jeder Hinsicht problematisch.

Seite 4

Renate Schmidt MdB fordert den Abzug aller chemischen Waffen vom Gebiet der Bundesrepublik: Sozialdemokraten werden Verfassungsklage erheben.

Seite 5

38. Jahrgang / 24

3. Februar 1983

Kohl und das Wachstum der Arbeitslosigkeit

Seit der "Wende" gibt es 700.000 Erwerbslose mehr

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales

Von Monat zu Monat fällt es schwerer, die Arbeitsmarktdaten zu kommentieren. Immer düsterer wird das Gesamtbild der Entwicklung. Mit 2,487 Millionen gemeldeten Arbeitslosen Ende Januar ist die nächste Wegmarke, zweieinhalb Millionen, fast erreicht, die Zehn-Prozent-Grenze bei der Quote mit 10,2 Prozent bereits überschritten. Und es sind keinerlei Anzeichen ersichtlich, daß dieser Trend aufgehalten würde. Im Gegenteil: Im Berichtsmonat lag die Zahl der neu gemeldeten Arbeitslosen mit 514.683 um 37,4 Prozent höher als im Dezember 1982. Der Zugang an offenen Stellen lag aber mit 73.350 Neumeldungen nochmals um zwölf Prozent niedriger als im bereits schwachen Januar 1982.

Die zum Monatsende verfügbaren offenen Stellen lagen sogar um 50 Prozent unter dem Stand des Vorjahres, wobei die geringfügige Zunahme um 4.000 gegenüber dem Vormonat ausschließlich jahreszeitbedingt ist. Beunruhigen muß vor allem, daß sich der Trend mittlerweile dahin entwickelt, daß die Sektoren, die bisher prozentual vergleichbar noch nicht so hoch lagen, nun allmählich nachziehen. Dies läßt sich bei der Arbeitslosigkeit der Männer (im Vergleich zu den Frauen) und auch bei den Angestellten beobachten. Mit nunmehr fast 1,5 Millionen arbeitslosen Männern wird der Stand des Vormonats um 16,4 Prozent, der des Vorjahres um 29,3 Prozent übertroffen. Bei den Frauen ist der Anstieg geringer, dort ist aber schon fast die Millionen-Grenze erreicht. Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in den Angestelltenberufen ist mit sieben Prozent auf jetzt 709.900 beträchtlich. Die allgemeine konjunkturelle Schwächetendenz schlägt nun auch hier voll durch, denn der Stand von Januar 1982 wird nun gleich um 36 Prozent übertroffen.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
with 100% recycled  
Recycling Paper



Nochmals überproportional ist auch der Anstieg bei den arbeitslosen Ausländern. Hier ist eine Quote von 15,1 Prozent, das sind mehr als 310.000, erreicht. Im Rahmen halten sich die Veränderungen bei den Jugendlichen und Schwerbehinderten, wo die Steigerung gegenüber Dezember mit 4,7 beziehungsweise 4,5 Prozent in Grenzen blieb. Wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt von einer erfreulichen Meldung sprechen kann, so liegt sie im Bereich der über 59-jährigen. Der Zuwachs im Vergleich zum Dezember liegt zwar auch hier bei 5,4 Prozent auf jetzt fast 100.000, dies bedeutet aber zugleich eine Abnahme um 2,8 Prozent gegenüber Januar 1982. Hier macht sich zum ersten Mal die seit 1982 geltende 59er-Regelung positiv bemerkbar.

Schlimm ist es allerdings bei der Lage hinsichtlich der Kurzarbeit. Das alarmierende Ausmaß dieser Entwicklung liegt noch nicht unbedingt in der Steigerung von sieben Prozent gegenüber Dezember. Vielmehr ist im Vergleich zum Januar 1982 mit jetzt 1.190.400 eine Steigerung von 121 Prozent erreicht. Verschlimmernd kommt hinzu, daß die Zeitdauer der Kurzarbeit beständig zunimmt. Die bereits vorliegenden Anzeigen über geplante Kurzarbeit für 363.000 Arbeitnehmer beweisen, daß an ein Ende noch lange nicht zu denken ist. Betroffen sind vor allem die Bereiche Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Bauwirtschaft, Elektrotechnik und Metallerzeugung.

Einer besonderen Betrachtung bedürfen die Zahlen aus den einzelnen Berufssparten. Trotz allen Geredes über eine Verbesserung des Klimas für den Wohnungsbau stieg die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von Dezember auf Januar um 71.700 oder 40 Prozent auf jetzt über 250.000. Dies ist auch unter Berücksichtigung der saisonalen Bedingungen eine rasante Talfahrt. Wer unter Kenntnis dieser Zahlen immer noch behauptet, die von der Übergangsregierung Kohl beschlossenen Mieterhöhungsgesetze brächten eine Förderung der Baukonjunktur, straft sich selber Lügen.

Überhaupt muß man sich fragen, wie Kohl und seine Mitstreiter von der CSU und der FDP ihre sogenannte "Wende" dem Bürger noch verkaufen wollen. Schließlich war man angetreten mit dem großsprecherischen Programm, die Sanierung des Staatshaushalts und eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu erreichen. Nun wird Helmut Kohl nicht nur als Übergangskanzler, sondern auch als der Kanzler mit den höchsten Wachstumsraten in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen - leider aber nicht beim Bruttosozialprodukt, sondern bei den Arbeitslosenzahlen. Unter der konzeptions- und kopflosen Regie von Kohl und seinem Wirtschaftsgrafen ist die Zahl der Arbeitslosen in nur wenigen Monaten um fast 700.000 gestiegen. Da nützen auch alle Beschwörungen von der "Erblast" nichts: Die Talfahrt der konjunkturellen Entwicklung wurde seit dem Amtsantritt Kohls mit einer geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit beschleunigt.

Da sollte es auch dem Letzten wie Schuppen von den Augen fallen: Die bombastisch aufgeblähte Wende diente nur dazu, einigen Herren die Regierungssessel frei zu machen. Außer einer unverhohlenen Umverteilungspolitik von unten nach oben hat diese Regierung noch nichts zuwege gebracht. Hier hilft nur ein wirklicher Wechsel in der Politik, wie ihn Hans-Jochen Vogel klar umrissen hat. Die Forderungen nach einem nationalen Solidarpakt und nach Verkürzung der Arbeitszeit sind einfach nicht mehr von der Tagesordnung wegzubringen. Selbst Kohl scheint ja zumindest an einem Solidarpakt vorsichtigen Gefallen zu finden. Aber hierzu wird eine Vorleistung der Arbeitgeberseite vonnöten sein: Der Tabu-Katalog muß endlich und endgültig vom Tisch. Man darf gespannt sein, ob die Unternehmerverbände diesen Beitrag zu leisten bereit sind.

(-/3.2.1983/ks/rs)

+ + +



Elendiges Verhalten  
-----

Die FDP-"Haltung" zum Rhein-Main-Donau-Kanal

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Verkehrsminister Dollinger, der Gelder im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und der Bundesbahn gekürzt hat, um sie nun in den Kanal zu werfen, hat sich einmal mehr als Geisterfahrer im Umweltschutz erwiesen.

Noch elendiger ist das Verhalten der FDP, die noch vor einem Jahr im Kabinett den Vorschlag von Hauff für eine qualifizierte Beendigung des Projekts unterstützt hat und deren Parteitag noch vor einer Woche den Rhein-Main-Donau-Kanal als "ökologisch und ökonomisch" unvertretbar bezeichnet hat. Mit ihrem Kniefall vor Franz Josef Strauß ist die FDP nun endgültig in dessen Fahrwasser geraten, nachdem sie schon von Zimmermann den Baum absägen ließ.

Der Beschluß zum Weiterbau der völlig sinnlosen Betonrinne dokumentiert insgesamt hervorragend die geistige Beweglichkeit der jetzigen Regierung.

Bereits der Rat für Landespflege hat im Übrigen festgestellt: Nicht nur das ökologisch wertvolle Altmühltal wird zerstört werden, sondern auch im Donautal wird es weit massivere Schäden geben.

Angesichts der bereits eingetretenen und weiter zu erwartenden ökologischen Verwüstungen ist es unglaublich, wenn Dollinger behauptet, daß er die Umweltverträglichkeit des Großprojektes geprüft habe. Ich habe bereits letzte Woche eine schriftliche Frage zur Umweltverträglichkeitsprüfung im Bundestag eingereicht und bin nun sehr gespannt, wie Dollinger bei der Beantwortung um den Offenbarungseid herumschippern wird.

Die Wähler sind aufgefordert, nun ihrerseits die katastrophale Umweltpolitik der Regierung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

(-/3.2.1983/ks/rs)

+ + +



In jeder Hinsicht problematisch  
-----

Zur Einführung von Demonstrationsgebühren in Baden-Württemberg

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Mit steter Regelmäßigkeit versuchen die Protagonisten einer Unterscheidung nach "guten" und "bösen" Demonstranten die Öffentlichkeit mit Vorschlägen zur Kostenpflicht für Demonstranten zu verwirren. Keiner der Vertreter in den Unionsparteien, und neuerdings auch in der FDP, haben sich aber bisher der Mühe unterzogen den problematischen Vorschlag aus Baden-Württemberg näher zu beleuchten. Aus diesem Grunde habe ich ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, das die verfassungsrechtliche Problematik näher untersucht.

Die Ergebnisse der Studie sind eindeutig:

- Eine Gebühr, soweit sie die Grundrechte in Artikel 8 und 15 betrifft, bedarf einer klaren gesetzlichen Regelung. Der Schutzbereich des Artikel 8 darf nicht verletzt werden. Wie solche Vorschriften gesetzestechnisch zu realisieren sind, konnte von den Förderern einer Gebührenregelung bisher nicht zufriedenstellend beantwortet werden.
- Selbst eine gesetzliche Regelung könnte nur zu dem Ergebnis führen, daß erträgliche, und vor allem voraussehbare Gebühren normiert würden.
- Mit der Überwälzung der Kosten auf den mutmaßlichen Störer würde in den Katalog der polizeilichen Maßnahmen und Zwangsmittel ein präventives Element eingeführt. Dies dürfte nur bei Beachtung des Bestimmtheitsgebotes - sowohl bei der Bestimmung des Gebührentatbestandes, als auch bei der Bestimmung der Gebührenhöhe - zulässig sein.

Neben dieser kritischen juristischen Bewertung ist der politische Sinn mehr als fragwürdig. Ein Staat leistet sich nur einmal unantastbare Regeln. Ein Durchbrechen, sei es noch so einsichtig in bestimmten politischen Situationen, ist nicht reparabel. Um es hier aber auch klar zu sagen: für unfriedliche Demonstranten sollen die bestehenden Gesetze in ihrer gesamten Bandbreite Anwendung finden. Wie in vielen Bereichen sind auch hier unsere bestehenden Gesetze - trotz konservativem Dauerbeschuß - ausreichend und anwendungsfähig. Eine Gebührenregelung ist und bleibt problematisch. Auch die FDP, allen voran ihr Justizminister, der sich zu diesem Thema klar unklar geäußert hat, sollte ihren Kampf um konservative Zweitstimmen nicht auf dem Konsens, den es in der alten Koalition noch gab, austragen.  
(-/3.2.1983/ks/rs)

+ + +



Wir werden Verfassungsklage erheben

Sozialdemokraten drängen auf Entfernung chemischer Waffen

Von Renate Schmidt MdB

Über 4.000 Tonnen amerikanischer chemischer Waffen lagern in der Bundesrepublik. Nach Angaben der Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte läge die Zahl der Toten bei 40 Millionen Menschen, sollten die USA einmal die in Europa lagernden chemischen Kampfstoffe einsetzen. Dabei versteht es sich von selbst, daß der größte Teil der Betroffenen bei der Zivilbevölkerung läge, die einem qualvollen Tod ausgesetzt wären.

Wenn es um derartige überlebenswichtige Fragen geht, sollte man eigentlich meinen, daß das Parlament so weit es irgend möglich informiert sein muß. Aber weit gefehlt! Es gibt immer noch bloße Vermutungen über den Standort der C-Waffen auf deutschem Boden. Der Wissenschaftler Hans-Günter Brauch hat mit den Orten Fischbach und Maßweiler bei Pirmasens, Hanau, Mannheim/Vierrheim und Siegelbach bei Rapp nau die erste umfassendere Aufstellung von Namen in die Diskussion gebracht.

Die Bundesregierung hüllt sich schon seit Jahren in Schweigen. Anfragen von Bundestagsabgeordneten werden schon seit Beginn der Legislaturperiode unter Hinweis auf Geheimhaltungsvorschriften nicht beantwortet. Dies ist umso unverständlicher, als amerikanische Parlamentarier diese Sondermunitionsdepots der US-Armee in der Bundesrepublik Deutschland sogar besuchen dürfen. In den USA wird zudem seitens der Regierung auch Auskunft darüber erteilt, wo sich Depots befinden und wann Transporte chemischer Waffen erfolgt sind.

So besteht nun des weiteren die kuriose Situation, daß sich die Bundesrepublik auf der einen Seite auf internationaler Ebene für die Achtung chemischer Waffen einsetzt, auf der anderen Seite aber nichts unternommen wird, um auch dafür zu sorgen, daß noch in der Bundesrepublik Deutschland gelagerte Waffen vernichtet oder abtransportiert werden. Letztere Forderung wurde schließlich 1969 auch vom späteren Kanzler Helmut Schmidt erhoben. Diejenigen, die sich im Bundestag heute für die Entfernung dieser Waffen einsetzen, werden jedoch bei ihren Kontroll- und Informationsrechten auf unerträgliche Weise behindert.



Es werden nicht nur jegliche wichtigen Informationen vorenthalten, sondern dazu in sich widersprüchliche Auskünfte gegeben. Dies galt auch schon für die alte Bundesregierung. So wurde in der Fragestunde am 13. Mai 1981 erklärt, daß es sich bei der Lagerung von chemischen Waffen in der Bundesrepublik "um Rechte der Alliierten (handelt) ..., die sie wahrnehmen. Dazu bedarf es nicht der Zustimmung irgendwelcher Stellen". Hingegen wurde in der Fragestunde vom 4. März 1982 betont, "die Lagerung chemischer Waffen auf deutschem Boden (setze) ... deutsche Zustimmung voraus". Meine erneute Anfrage an die Bundesregierung, welche dieser entgegengesetzten Auffassungen nun zutreffend sei, wurde in der Fragestunde vom 25. Juni 1982 dahingehend beantwortet, beide Antworten stünden "miteinander im Einklang"!!

Mit der Regierungsübernahme Kohl/Genscher hat sich die Situation allerdings noch entschieden verschlechtert. Für die sozial-liberale Bundesregierung war es immerhin noch eine Selbstverständlichkeit, daß "aus militärisch-operativer Sicht der Wert einer Repressalie (das heißt eines C-Waffen-Einsatzes) in der Bundesrepublik Deutschland gering einzuschätzen" sei und "die glaubwürdige Androhung der dem Bündnis zur Verfügung stehenden Eskalationsoptionen ... den Warschauer Pakt hinreichend vom massiven Einsatz chemischer Kampfmittel abschrecken" dürften (Antwort der Bundesregierung vom 29. April 1982).

Die neue Bundesregierung hat jedoch in ihren Antworten auf verschiedene Anfragen im Dezember 1982 den Eindruck aufkommen lassen, daß sie sich den amerikanischen Positionen angenähert hat, nach der sich die US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr an das internationale Giftgasprotokoll von 1925 gebunden fühlen. In der Beantwortung einer Anfrage zur Bedeutung der chemischen Waffen in der Bundesrepublik erklärte die Kohl-Regierung: "Die Allianz muß im Rahmen der Strategie der flexiblen Reaktion über angemessene Optionen verfügen, um gegenüber allen Formen der Aggression abschrecken zu können." (Fragestunde vom 2. Dezember 1982). Dies ist schon eine ganz andere Beurteilung als die, die den Wert des C-Waffen-Einsatzes als mögliche Repressalie gering einschätzt. Bei dieser Einstellung ist zu fürchten, daß die jetzige Bundesregierung der von den Amerikanern gewünschten Modernisierung der chemischen Kampfstoffe zustimmen wird. Die damit verbundenen ungeheueren Gefährdungen für unsere Bevölkerung müssen unter allen Umständen verhindert werden. In einer solchen Situation muß das grundgesetzliche Informationsrecht der Abgeordneten höher eingestuft werden, als etwaige Geheimhaltungsvorschriften. Deutschen Abgeordneten muß das gleiche Recht zustehen wie ihren amerikanischen Kollegen, über Standorte und Art der chemischen Waffen bei den US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland Bescheid zu wissen.

Mit mir werden die beiden SPD-Abgeordneten Freimut Duve und Horst Sielaff Verfassungsklage erheben, damit die Bundesregierung endlich zur Offenlegung der notwendigen Informationen gezwungen wird. Andere Kollegen haben angekündigt, daß sie sich anschließen werden. Wir werden alles tun, damit es nicht bei verbalen Ächtungen von chemischen Waffen bleibt, sondern auch alle noch vorhandenen chemischen Kampfstoffe von deutschem Boden entfernt werden.  
(-/3.2.1982/ks/ca)

+ + +

